



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XXVII. Fortsetzung der deutschen und englischen Flottenrüstungen 1907  
bis 1911.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XXVII

Fortsetzung der deutschen und englischen  
\* Flottenrüstungen 1907—1911 \*

---

Deutsch-französisches Abkommen über die Marokko- frage vom 9. Februar 1909 . . . . .	316
Deutsche Flottenpolitik . . . . .	320
Verstärkung des britischen Landheeres . . . . .	326
Panik und Flottenrüstung in England . . . . .	329
Nachklänge der Parlamentsdebatte vom März 1909	332
Zusammenhänge zwischen der äußeren und der inneren Politik Englands . . . . .	335
Tod Eduards VII. . . . .	338
Triebfedern und Methoden der englischen Politik .	340

Nach der durch die bosnische Krise hervorgerufenen Unruhe hätten die europäischen Völker, da ein eingreifender Anlaß zum Hader nicht vorlag, sich wieder den Werken des Friedens zuwenden können, zumal die aufgestörte Volkswirtschaft ihr gutes Recht auf Arbeit geltend machte. Auch trat in den zwei Jahren bis zum abermaligen Ausflodern des Marokkotreites insoweit eine Entspannung ein, als kein besonderer Streitfall den Weltteil aufregte; der Strom der Ereignisse ging vielmehr ins Breite und ergoß sich in gesonderte Arme. Was aber nie ermattete, war der dumpfe Groll Englands über den Aufstieg seines Nebenbuhlers zur Seegewalt. Darüber tröstete auch die Fortdauer des Friedens nicht hinweg, da Deutschland unter dessen Segnungen reicher aufblühte als Großbritannien. Alle diplomatischen Mißhelligkeiten ließen sich durch Vergleiche schlichten oder konnten mit der Zeit an Schärfe verlieren, dagegen gab es für die Briten keinen Ersatz, wenn sie ihre Seeherrschaft und damit den Besitz Indiens und Ägyptens bedroht wähnten. Daher faßte der Oberbefehlshaber der englischen Flotte, Sir John Fisher, schon 1905, obwohl Deutschlands Kriegsmarine damals an Zahl der Schiffe noch hinter der Nordamerikas und Frankreichs zurückstand, den furchtbaren Plan, ohne Kriegserklärung mit Übermacht in die deutschen Häfen einzudringen und die deutschen Panzer zu zerstören.

Fisher betrieb die Sache dann 1908 mit erhöhtem Eifer, in der Erwägung, daß die seither noch angewachsene deutsche Flotte bald nicht mehr in offener Seeschlacht zu überwältigen sein werde. Es gab für Männer wie Fisher keine Treulosigkeit, die nicht gestattet war, sollte England seine Überlegenheit zur See behaupten. Daß der Zivillord der Admiralität, Arthur Lee, derselben Ansicht war, sprach er 1905 im Parlament offen aus; indessen trug die englische Regierung Bedenken, gegen Ehre und Gewissen zuzuschlagen.

Unabhängig aber von den widerstreitenden Urteilen und Entschlüssen einzelner Männer ging das Verhängnis seinen Weg. Denn

da Deutschland immer mehr erstarkte, erweiterte sich in England der Kreis derjenigen, die einen Waffengang für unabwendbar hielten. Britannien könne es nicht darauf ankommen lassen, daß ihm die Verbindung mit seinen Kolonien und die Zufuhr zur See durch eine fremde Flotte oder durch einzelne Kreuzer abgeschnitten werde; das wäre nicht bloß sein Niedergang, sondern der Tod. Dieser Antrieb wirkte so elementar wie irgendeine Naturkraft innerhalb der unbeseelten Welt, wie der elektrische Strahl, der auf die Wohnstätten der Menschen niederfährt, oder die Flut, die ihre Häuser zerstört. Von seiten Deutschlands war es nicht Bosheit, daß es wuchs, damit folgte es nur den seine Entwicklung bestimmenden Gesetzen. Ebenso naturnotwendig war das Widerstreben Albions gegen den sich anbahnenden Umschwung. Die geschichtliche Darstellung gewinnt nichts, wenn sie an die Empfindungen der Völker und überhaupt an Massenerscheinungen innerhalb der Menschheit den moralischen Maßstab anlegt, der sehr wohl berechtigt ist, wenn die Taten einzelner Menschen zu beurteilen sind. Dort, wo die Menschen als Gemeinschaften handelnd auftreten, als Volksschichten, Nationen und Rassen, als Kirchen und Konfessionen, stehen sie unter elementaren Trieben, die sich durch Vernunft und Moral nur schwer bändigen lassen. Es ist die erhabene Aufgabe der Religion und der Sittenlehre, auf diese Triebe sänftigend und erziehend einzuwirken; der Historiker aber erfüllt seine Aufgabe besser, wenn er das Werden der Dinge begreifen lehrt, statt es Schritt auf Schritt zu meistern, zu preisen oder zu verdammen.

\*

### Deutsch-französisches Abkommen über die Marokkofrage vom 9. Februar 1909

Das Eingreifen der englischen Regierung in die Balkanpolitik hatte mit einem diplomatischen Mißerfolg geendigt, worüber Grey innerhalb wie außerhalb des Parlaments viel Unangenehmes zu hören bekam. Das Mißbehagen wurde durch die Haltung Frankreichs vergrößert, das in dieser Angelegenheit und auch sonst seine eigenen Wege ging. Selbst in der Marokkofrage bog es, so lebhaft auch der Streit mit Deutschland

zeitweilig aufrauschte, in die Bahn eines Vergleiches ein, der dem Londoner Kabinett ungelegen kam. Die zwei festländischen Kabinette standen einander zwar immer gereizt gegenüber, doch keines hatte Lust, es Marokkos wegen zum Kriege zu treiben. Die deutsche Regierung sagte sich nach ihren auf der Algeciras-Konferenz gemachten Erfahrungen, daß ihr ursprüngliches Programm, die Unabhängigkeit des scherifischen Kaiserreiches, nicht durchzusetzen war. Es lohnte sich nicht, darob mit den zwei engverbundenen Westmächten in blutigen Hader zu geraten. Frankreich arbeitete zähe an der sogenannten friedlichen Durchdringung Marokkos, während sich die deutsche Regierung damit begnügte, die Algeciras-Akte gegen Eingriffe zu verteidigen. Nun ist der vordringende Teil immer gegen denjenigen im Vorteil, der sich auf die Abwehr beschränkt. Es war auch vergeblich, sich der Selbstherrschaft des marokkanischen Kaisers anzunehmen, der sich nicht einmal gegen Aufstände in seinem Lande behaupten konnte. Zuerst erhob sich gegen Sultan Abdül Aziz ein Anführer von Räuberscharen, namens Kaisuli, der Ende 1906 sogar Tanger bedrohte. Dann pflanzte Muley Hafid, der Bruder des Sultans, im August 1907 die Fahne der Empörung auf, nötigte ihn zur Flucht an die Küste, und das Ende war, daß der siegreiche Bewerber im Februar 1909 von den Mächten als Herrscher anerkannt wurde. Aber gegen ihn rebellierten wieder andere Häuptlinge. Diese Unruhen kamen der Politik Frankreichs zugute, welches bei den häufigen Mordtaten Sühne für seine Staatsangehörigen zu fordern das Recht hatte und die Anlässe dazu benützte, Stücke marokkanischen Bodens an sich zu reißen. Es besetzte auf diese Weise die Dase Tafilet und dann die Stadt Udschda an der algerischen Grenze. Weit wichtiger war, daß französische Truppen im August 1907 auch in Casablanca, dem wichtigsten Hafenplatz der Westküste, einrückten, wo einige Europäer niedergemacht worden waren. Die ganze Ebene an der Westküste stand seitdem unter französischer Herrschaft. In Casablanca ereignete sich darauf ein Zwischenfall, der schlimme Folgen nach sich ziehen konnte. Drei Deutsche, die in der französischen Fremdenlegion dienten, entflohen und riefen den Schutz des deutschen Konsuls in Casablanca an, der sich ihrer annahm und sie auf ein deutsches Schiff bringen lassen wollte. Da stürmten (25. September 1908) französische Marinesoldaten heran, entrißen die Deserteure dem Konsulatssekretär, drohten ihn zu erschießen und verprügelten den Diener des Konsuls. Darob Sturm sowohl in Deutschland wie in Frankreich; auf beiden Seiten wurde von

Verletzung des Völkerrechtes und von Genugtuung mit den Waffen gesprochen. Ministerpräsident Clemenceau führte die Pariser Presse so geschickt ins Treffen, daß er als Hüter der Ehre seines Landes auftreten konnte. Es war, wie alle sachkundigen Leute in den zwei Ländern erkannten, ein falscher Alarm; das aber hinderte England nicht, der französischen Republik fünf Divisionen Infanterie und eine Division Kavallerie anzubieten, falls es zum Schlagen käme<sup>1)</sup>. Indessen wollten die Kabinette von Paris und Berlin Schlimmeres vermeiden und einigten sich am 24. November 1908 auf die Anrufung des Haager Schiedsgerichtes. Damit war die Sache abgetan; als das Schiedsgericht am 22. Mai 1909 seinen Spruch verkündete (die Deutschen bekamen wegen des Schutzes von Deserteuren unrecht, die Franzosen wegen der verübten Gewalttätigkeit), war diesseits wie jenseits des Rheins die Haupt- und Staatsaktion bereits halb vergessen.

Schon bei diesem Anlasse zeigte sich, daß die deutsche Regierung zum Einlenken bereit war. Marokko erforderte einen unverhältnismäßigen Aufwand an Kraft und lähmte Deutschland bei der Verteidigung wichtigerer Interessen. Das Berliner Kabinett sagte sich, daß es im Sommer 1905 besser getan hätte, sich mit Frankreich zu verständigen, statt auf einer internationalen Konferenz zu bestehen, auf der es eine Niederlage erlitt. Deshalb kam es während der bosnischen Krise den Franzosen entgegen und man verständigte sich über die Auslegung der strittig gewordenen Algeciras-Akte. In der Abmachung vom 9. Februar 1909 wurde die arg durchlöchernte Integrität und Souveränität Marokkos zwar nochmals anerkannt und den Deutschen wirtschaftliche Gleichberechtigung im Lande zugesichert; das Neue und Entscheidende jedoch war, daß die deutsche Regierung zugestand, daß Frankreich in Marokko besondere politische Interessen besitze, und das Versprechen, deren Geltendmachung nicht hindern zu wollen. Deutschland billigte dem westlichen Nachbar somit in politischen Dingen den Vortritt zu, ohne dabei die völlige Unterwerfung des Landes zuzugestehen.

Der Vorteil der Abmachung für Frankreich lag auf der Hand, so daß dessen Regierung töricht gewesen wäre, nicht darauf einzugehen. Ihr letzter Beweggrund war jedoch der Einblick in die militärische Schwäche Rußlands, wozu das verächtliche Urteil Clemenceaus über Iswolstij trat. Sich diesem Bundesgenossen anzuvertrauen, wäre ein

<sup>1)</sup> So nach Debidour, l. c. S. 100.

Abenteuer gewesen. England aber war für den Kriegsfall kein vollgültiger Ersatz, und daher blieb die französische Regierung taub für die Lockungen König Eduards.

Es war für Deutschland an der Zeit, den 1905 begangenen Fehler gutzumachen. Denn um Neujahr 1909 war der Streit um Bosnien auf der Höhe, und England rührte die Trommel, um gegen die Mittelmächte Genossen zu werben. Dem Londoner Kabinett wäre es willkommen gewesen, wenn Deutschland und Frankreich sich Marokkos wegen noch länger gestritten hätten. Da dies den zwei Kabinetten klar war, kamen sie überein, die soeben erzählte Verhandlung vor der englischen Regierung geheimzuhalten. So hatte die deutsche Diplomatie in der bosnischen Sache nicht gegen zwei Fronten zu kämpfen und errang, vereint mit Österreich-Ungarn, einen schönen Erfolg. Eduard VII. erhielt die Kunde von dem deutsch-französischen Marokkoabkommen erst nach dessen Abschlusse, in dem Augenblicke, als er in Gesellschaft des Unterstaatssekretär Hardinge in London den Bahnhof betrat, um nach Berlin abzureisen. Der König, so sagt ein französischer Bericht, zeigte zwar nicht Unzufriedenheit, aber Erstaunen; Hardinge jedoch, der den Schatten auf der Stirn seines Souveräns bemerkte, sagte zu ihm: „Das ist für Frankreich zwar ein gutes Geschäft, aber sicherlich nicht genug, um es Elsaß-Lothringen vergessen zu machen<sup>1)</sup>.“ Diese Worte klingen an eine Äußerung Palmerstons aus dem Jahre 1863 an, als Polen sich gegen die russische Herrschaft erhob und England sich des Aufstandes annahm; damals sagte der englische Premierminister: „Die Wunde muß weiter bluten!“

Die üble Laune König Eduards bei dem Besuche in Berlin war, wie der belgische Gesandte Greindl am 17. Februar 1909 nach Brüssel berichtete, jedermann sichtbar: „Der König von England, erkältet und von den ihm gebotenen Festlichkeiten sichtlich ermüdet, war sehr schweigsam. Seine Majestät hatte keine politische Unterhaltung mit dem Reichskanzler. Er sprach mit dem Fürsten Bülow nur einige Minuten... über gleichgültige Dinge. Damit wurde gerade nur den Forderungen der politischen Höflichkeit Genüge getan<sup>2)</sup>.“ Man muß nicht annehmen,

<sup>1)</sup> So erzählt Mermeix (Deckname für Gabriel Terrail) in seinem gute Mitteilungen enthaltenden Buche, „Chronique de l'an 1911“ (Paris 1912), S. 18, mit dem Beifügen, ein Freund Hardinges habe ihm die Worte nach den Angaben des Unterstaatssekretärs berichtet.

<sup>2)</sup> Wie Bendendorff nach Mitteilungen Hardinges am 3. Februar 1909 an Iswolskij berichtet (Siebert, I. o. S. 721), war vorgesehen, daß Eduard VII. persönlich nur die Haltung



daß der König von dem Zusammenstoß zu Casablanca einen deutsch-französischen Krieg erwartete oder ihn wünschte — wozu kein Anzeichen vorliegt —, ganz unwillkommen aber wäre ihm eine vollständige Ausöhnung der zwei arg verfeindeten Nationen gewesen<sup>1)</sup>).

\*

## Deutsche Flottenpolitik

In den Jahren 1905 bis 1907 waren im englischen Schiffsbau die finanziellen Rücksichten ausschlaggebend; genötigt durch die ungünstiger gewordene Lage des Staatshaushaltes, weniger aus pazifistischen Erwägungen, schränkte Großbritannien den Bau von Panzerschiffen ein. Unterdessen rechte sich Deutschland wirtschaftlich so stattlich in die Höhe, daß es die Last der Rüstungen ohne sichtbare Beschwerden trug. Genau nach dem Flottengesetze von 1900 wurde jährlich die bestimmte Zahl von Schlachtschiffen auf Kiel gelegt, so daß im Jahre 1917 deren 34 gebaut sein sollten. Dazu kam 1906 eine wichtige Ergänzung, indem der Reichs-

Deutschlands in der bosnischen Frage besprechen sollte. Hardinge sagte (L. o. S. 729) zu Bendorff u. a.: „Ich kann Ihnen nur erklären, daß nach unserer Meinung im F. O., solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.“ Nachdem die Zusammenkunft stattgefunden, betonten Hardinge in London und Bülow in Berlin den Vertretern Rußlands gegenüber den zufriedenstellenden Verlauf des Berliner Aufenthaltes Eduards VII. Osten-Sacken, Rußlands Botschafter in Berlin, teilte nach Petersburg mit (Siebert, l. o. S. 727), Hardinge habe Bülow zum Marokkoabkommen beglückwünscht. Das englische Kabinett sei bereit, alle derartigen dem Frieden dienenden Bestrebungen zu unterstützen. Diesem Zweck habe auch der Besuch König Eduards in Berlin gegolten.

<sup>1)</sup> In Debidour, „Histoire diplomatique de l'Europe“ wird der historische Sachverhalt auf den Kopf gestellt (IV. Band, S. 64, 96). Deutschland, so behauptet er, sei begierig gewesen, für seinen zu Algéciras erlittenen Mißerfolg Rache zu nehmen. In seinem Groll hätte es die schlimmsten Absichten gehabt und sei nur durch England, besonders aber durch Österreich-Ungarn, von deren Ausführung abgehalten worden. Das Wiener Kabinett habe dem Berliner vorgehalten, es befände sich im Casablanca-Streit im Unrecht und Deutschland zum Nachgeben bestimmt. Das sind Phantasien Debidours. Das Wiener Kabinett wünschte zwar den Ausgleich in der Casablanca-Angelegenheit; da es aber in der bosnischen Frage auf die Hilfe Deutschlands angewiesen war, hatte es Dringenderes zu tun, als dessen Regierung durch Moralpredigten lästig zu fallen.

tag zustimmte, auch eine größere Zahl von Kreuzern auszurüsten. Dadurch wurde die im Gesetz von 1900 gelassene Lücke der Seerüstung ausgefüllt (Band I, Seite 244). Bei diesem Anlasse wurde manches weithin tönende Wort gesprochen, das in England Unwillen erregte und besser unterblieben wäre. Im Jahre 1908 folgte ein weiterer Schritt. Ein Gesetz wurde angenommen, wonach die Schlachtschiffe nicht wie bisher 25 Jahre im Dienste stehen sollten, sondern nur 20 Jahre, und dann durch neue zu ersetzen wären; für die Kreuzer war dies bereits früher festgestellt worden. Der angenommene Grundsatz stand auch in anderen Flotten in Kraft und wurde nach der Ausschußberatung von dem Reichstag ohne Debatte angenommen. Immer verstand es der Staatssekretär der Marine, Tirpitz, durch umfassende Werbearbeit in der Presse und in Vereinen die öffentliche Meinung für seine Pläne zu gewinnen. Eindrucksvoller noch als die Vermehrung der Schiffe war das organisatorische Talent, mit dem die junge Flotte, sowohl was den seemannischen Geist wie die rein technischen Leistungen betrifft, auf die Höhe der englischen gebracht wurde. Die Kieler Woche, in der Kaiser Wilhelm alljährlich Gäste aus ganz Europa nach dem Hauptkriegshafen des Reiches zur Flottenschau lud, erregte durch ihre glänzenden Schaustellungen den Neid der Gegner Deutschlands. Statt die Welt durch vornehme Zurückhaltung mit dem militärischen Aufschwunge der Nation zu versöhnen, gefiel sich der Kaiser selbstgefällig in verletzendem Prunken mit seiner Macht.

England hatte, wenn seine Seeherrschaft nicht in Frage kommen sollte, keine andere Wahl als gleiche Anspannung seiner Kräfte. Der Versuch, durch die Anregung einer die ganze Welt umspannenden Rüstungspause die ererbte Obermacht zur See ohne weitere Mühe zu behaupten, war gescheitert. In erster Linie, weil die deutsche Regierung auf den Vorschlag nicht eingehen wollte. Es war nur seltsam, daß England immer nur an die Deutschen herantrat, statt, wenn es mit dem Rüstungsstillstand Ernst machen wollte, auch mit den anderen Seemächten in Unterhandlungen zu treten. Es ist aber bereits erzählt worden (II, Seite 120 f.), daß die britischen Marinesachmänner untereinander selbst nicht einig waren, wie eine feste Formel anzusehen sei. Somit durfte der deutsche Staatssekretär, Freiherr von Schoen, am 23. März 1909 im Reichstage sagen, es sei von England kein greifbarer Vorschlag zum Rüstungsstillstand gemacht worden und die englische Regierung konnte nicht widersprechen. Kraftgefühl und Hartnäckigkeit auf der einen, Eifer-

sucht und hinterhältige Vorwürfe auf der anderen Seite machten die Einigung unmöglich.

Wohlfeile Weisheit ist es, nachträglich Kaiser Wilhelm und Sirpiß vorzuhalten, sie hätten die Mühe nicht an den Bau einer Flotte verschwenden sollen, die doch nur dazu bestimmt war, auf den Meeresgrund versenkt zu werden. Wäre dies begründet, so hätte es auch den Nordamerikanern, den Franzosen, den Russen und den Italienern verwehrt gewesen sein müssen, in der Seerüstung fortzufahren; ihnen allen droht irgendeinmal, wenn die Eifersucht der Briten rege geworden ist, dasselbe Schicksal wie den Deutschen<sup>1)</sup>. Das Wahre an der Sache ist, daß die zweite Handelsmacht der Welt auf die Dauer unmöglich hinter schwächeren Staaten zurückstehen konnte. Es gibt Notwendigkeiten, denen sich kein Volk verschließen kann, die sich vielmehr mit der Kraft der Selbstverständlichkeit durchsetzen. Deutschlands stetig anwachsende Volkszahl bedurfte von der See her gewaltige Zufuhren an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten, die es mit den Erzeugnissen seines Bodens und seines Gewerbesleißes bezahlte. Dieser Austausch von Waren machte eine Handelsflotte und zu deren Schutze Kriegsschiffe notwendig. Sonst konnte es von jedem Raubstaate verhöhnt und geschädigt werden. So urteilte seit Weltbeginn jeder Seestaat, und so wird es, wofern die Menschheit ihre Natur nicht völlig ändert, auch bleiben. Es widersprach dem Selbstgefühl der deutschen Nation, hinter Staaten zweiten Ranges zurückzustehen; sie wollte, da sie eine friedliche Politik verfolgte und darin ein gutes Gewissen hatte, sich von England nicht verbieten lassen, was ihr gutes Recht war. Wohl wurde dieser Werdegang durch die persönlichen Neigungen Kaiser Wilhelms über das richtige Maß beschleunigt; aber auch wenn er nicht eingegriffen hätte, würde zu guter Letzt unter jedem Monarchen, von jedem Parla- mente, der Entschluß zu Schiffsbauten gefaßt worden sein. Ein Flotten- gesetz, ähnlich dem vom Jahre 1900, hätte sich ein Jahrzehnt später doch als Notwendigkeit eingestellt. Da Nordamerika und die übrigen See- staaten Panzerschiffe bauten und damit immer fortfuhren, konnte und durfte Deutschland nicht völlig zurückstehen.

Eine andere Frage ist, wie gesagt, ob die deutsche Regierung nicht überhastet vorging, und wieder eine andere, ob ihre äußere Politik nicht dafür Sorge tragen mußte, daß Deutschland an seiner Ostgrenze entlastet

<sup>1)</sup> Dies bestätigt Bernard Shaw in seiner Schrift: „Winke zur Friedens- konferenz“, 1919.

werde, wenn es nun einmal den mächtigen maritimen Nebenbuhler reizte. Diese Erwägungen werden uns, wie früher bereits anlässlich der Haager Friedenskonferenz, auch weiterhin immer wieder beschäftigen, am lebhaftesten bei den Ereignissen von 1912, als über die Flottenstärken eine ernste Unterhandlung stattfand. Dann wird sich zeigen, daß in Berlin für das Erreichbare das Augenmaß fehlte.

Unerträglich aber ist die Predigt der Klugschwäzer, denen die Weisheit erst nach der Niederlage Deutschlands aufging. Die dem Flottenbau zustimmenden Parteien und Politiker innerhalb und außerhalb des Reichstages haben zu schweigen und dürfen sich nicht vermessend, der Regierung Wilhelms II. ihre größte organisatorische Tat als Torheit oder Verbrechen anzurechnen. Nicht bloß Konservative und Nationalliberale, auch bürgerliche Demokraten und Merikale haben von 1906 bis 1914 zu jeder Flottenvorlage ihre Einwilligung gegeben und stehen deshalb in gleicher Schuld. Kläglich ist die nachträgliche Ausrede dieses und jenes Politikers, man sei durch die Demagogie der Regierung, zumal durch die Teufeleien des Staatssekretärs Tirpitz, verführt worden; nur ein schlechter Mann wird sich auf diese Weise der Verantwortung entziehen. Wer damals die Augen offen hielt, vernahm Tag für Tag, mit welchem Ingrimm die Briten die Rüstungen Deutschlands verfolgten; und ebenso waren die aus der geographischen Lage Deutschlands erwachsenen Gefahren aller Welt sichtbar. Wagte es das deutsche Volk trotzdem, sich in die vorderste Reihe der Seemächte zu stellen, so haftete jedes Mitglied des Reichstages für sein in diesem Sinne gesprochenes Wort, für seine Stimme. Wirft man nachträglich mit Anklagen gegen Wilhelm und seine Ratgeber um sich, so trifft der Vorwurf ebenso alle bürgerlichen Parteiführer und ihren Anhang. Der Geschichtschreiber aber wird sich nicht herbeilassen, den schließlichen Ausgang des Krieges zum Maßstab für sein Urteil zu nehmen, er überläßt den Götzendienst des Erfolges der wankelmütigen Menge und ihren Lakaien.

Erst seit 1914 fand die Erzählung Glauben, Kaiser Wilhelm habe seit Jahren auf den Krieg und die Weltherrschaft hingearbeitet, und diese Darstellung der Feinde Deutschlands ist von deutschen Sozialdemokraten aus Haß gegen die monarchische Ordnung weiterverbreitet worden. In den Jahren vor dem Weltkriege war die Friedensliebe des Kaisers von keinem ernstlichen Kritiker seiner Regierung bezweifelt worden; englische und amerikanische Schriftsteller haben sich in diesem Sinne besonders

nachdrücklich geäußert. In Deutschland selbst wurde er von den Alldeutschen bei vielen Anlässen, besonders wegen seiner Marokkopolitik, mit Vorwürfen über seine Nachgiebigkeit überhäuft. Er selbst benützte jede Gelegenheit, den Franzosen durch versöhnliche Botschaften und Handlungen die Absicht friedlicher Auseinandersetzung zu erkennen zu geben. Nur lag es in seiner nach außen gewendeten Art, daß er auch das Bedürfnis fühlte, sich auf den land- und seegewaltigen Herrscher aufzuspielen, überflüssigerweise, weil er es der Welt nicht erst verkünden mußte. Ebenso oft aber, und das war gleich aufrichtig gemeint, schrieb er Briefe und hielt Ansprachen, in denen er versicherte, ihm liege nichts ferner, als die Anrufung der Gewalt, also Landgewinn durch einen Eroberungskrieg. Er legte Wert darauf, gerade den Briten Zeichen seiner Schätzung ihres Nationalcharakters und ihrer Staatseinrichtungen zu geben. Er wählte, um sich von einem hartnäckigen Katarrh zu befreien, die milde Südküste Englands zum Aufenthalt und verweilte daselbst vom 10. November bis zum 12. Dezember 1907. Damals besuchte der Kaiser den englischen König auf Schloß Windsor und bei diesem Anlasse, so erfährt man durch Lord Haldane, kam es zu einer guten Aussprache zwischen den zwei Herrschern<sup>1)</sup>. Gelegentlich seines längeren Aufenthaltes in England gab sich Wilhelm II. alle Mühe, das Mißtrauen des englischen Volkes zu zerstreuen und ihm eine richtige Vorstellung von seiner Denkweise beizubringen. Diese Versuche fielen aber teils mit, teils ohne seine Schuld, unglücklich aus. Im Februar 1908 richtete der Kaiser an den englischen Marineminister, Lord Tweedmouth,

<sup>1)</sup> Auch mit Grey und Haldane verhandelte der Kaiser, am eingehendsten über die Bagdadbahn. Die englische Regierung erklärte sich bereit, dem Bau keine Hindernisse in den Weg zu legen, verlangte aber, daß der Hafen an deren Endpunkte am Persischen Meerbusen den Briten zufallen solle. „Ich werde Ihnen diesen Hafen geben“, sagte der Kaiser zu Haldane. Als jedoch die zwei Kabinette zur Formulierung schritten, ergab sich ein Hindernis: Grey verlangte, daß zu den Verhandlungen auch Rußland und Frankreich zugezogen werde, während Bülow allein mit England abschließen wollte, da bei einer gemeinsamen Konferenz das Deutsche Reich allein gegen drei Mächte gestanden hätte. Dadurch stockte die Sache vorerst, bis einige Jahre später die Einigung auf der obigen Grundlage zustande kam. Vgl. den Bericht Haldanes in der „Westminster Gazette“, Oktober 1919, und die auf ihn zurückgehenden Mitteilungen bei Veggie, S. 119—121. In gleichem Sinne schildert Haldane in seinem Buche: „Before the war“, Seite 48 ff., seine Unterredungen mit Wilhelm II. Haldane stellt den Kaiser als den guten, Bülow als den bösen Geist bei diesen Erörterungen dar. Man sieht aber nicht ein, weshalb der deutsche Kanzler schuldiger gewesen sein soll als das englische Kabinett. Dieses hat zuletzt doch allein mit der deutschen Regierung abgeschlossen, um sich die Euphratmündung nicht entgehen zu lassen.

einen vertraulichen Brief, in welchem aus dem Vergleiche der beiderseitigen Schiffsstärken der Schluß gezogen war, das seegewaltige England hätte von keinem Gegner etwas zu fürchten, ein Schreiben, auf das der englische Minister höflich antwortete. Durch Vertrauensmißbruch kamen die „Times“ zur Kenntniß des Briefwechsels und erhoben gegen den Kaiser den Vorwurf, er hätte sich in innere englische Angelegenheiten, besonders in die Aufstellung des Marinebudgets, gemischt; Tweedmouth aber wurde beschuldigt, sich mit einem fremden Herrscher in eine Erörterung seiner amtlichen Obliegenheiten eingelassen zu haben. Wohl wurde der Marineminister im Parlament von seinen Kollegen gegen diese Anklage in Schutz genommen; auch stellte der Premierminister fest, daß Tweedmouth den Brief des Kaisers vor dessen Beantwortung dem Staatssekretär des Äußeren gezeigt hatte; trotzdem mußte er die Leitung der Marine an MacKenna abgeben.

Noch schlimmer fiel eine andere Friedensbemühung Kaiser Wilhelms aus. Während seines Aufenthaltes in England führte er mit verschiedenen Personen Gespräche, in denen er die Befürchtungen des Inselvolkes zu zerstreuen suchte. Diese Äußerungen wurden mit seinem Wissen und Willen zusammengefaßt und am 28. Oktober 1908 im „Daily Telegraph“ der Öffentlichkeit übergeben. Die Kaiserunterredungen erregten in der ganzen Welt Staunen, in Deutschland aber tiefsten Unmut, denn Wilhelm II. hatte sich in der Wahl seiner Beweise gründlich vergriffen und durch einige von ihnen den Gegnern Deutschlands geradezu Waffen geliefert. Besonderen Nachdruck legte der Kaiser auf die Dienste, die er den Briten während des Burenkrieges und nach demselben geleistet hätte. Er erinnerte daran, daß er die Burengeneräle bei ihrer Rundreise durch Europa nicht habe empfangen wollen; auch erzählte er, daß er vorher, nach dem ersten Mißgeschick des britischen Heeres, einen Feldzugsplan zur Niederwerfung der Buren ausgearbeitet und der Königin Victoria gesendet habe. Man stutzte, zu hören, daß Wilhelm II. geistiger Mitstreiter in dem Kampfe gewesen sein sollte, obwohl er die südafrikanische Republik früher durch das vielberufene Telegramm an Krüger seines Schutzes versichert hatte. Das warf einen Schatten auf seinen Charakter; auch war es des deutschen Kaisers nicht würdig, sich dem britischen Generalstab zur Verfügung zu stellen; zum Überflusse ließ dieser öffentlich erklären, der Feldzugsplan Wilhelms habe nur allgemeine Andeutungen enthalten und sei deshalb nicht von Nutzen gewesen. Doch nicht genug daran: der Kaiser berief sich auch darauf, daß

er es abgelehnt hatte, gemeinsam mit Frankreich und Rußland sich der Buren anzunehmen; damit, so sagte er wörtlich, habe er verhindert, „England bis in den Staub zu demütigen“. Schon dieses Werben des Kaisers um die Gunst der Briten war unzweckmäßig, noch bedenklicher erschien folgende Behauptung: „Ich kann nur wiederholen, daß ich ein Freund Englands bin. Aber ich bin in meinem Lande mit diesem Gefühle in der Minderheit. In breiten Schichten Deutschlands, unten und im Mittelstande, ist die Stimmung euch unfreundlich. Mit allen Mitteln, mit aller Kraft arbeite ich an der Besserung unserer Beziehungen.“ Es war ein schwerer Mißgriff des Kaisers, daß er damit die Engländer in der Ansicht bestärkte, ihnen drohe Schlimmes von der Mehrheit des deutschen Volkes. Endlich und schließlich bot Wilhelm II. den Briten Freundschaft und Mithilfe an, wenn einmal „die Frage der Zukunft des Stillen Ozeans zu lösen sein werde“ — eine Äußerung, die in Japan beleidigen mußte und schon deshalb zweckwidrig war, weil Albion nicht die geringste Lust hegte, sich mit Nippon zu entzweien und die Hilfe der Deutschen in Anspruch zu nehmen.

Das war ein unangenehmer Zwischenfall, denn das Entgegenkommen des Kaisers wurde in England entweder spöttisch oder höhnisch aufgenommen. Indessen ging der Zwischenfall vorüber und hatte für die äußere Politik des Reiches keine weitere Folge. Dagegen wird noch zu erzählen sein, wie der deutsche Reichstag die Herzensergießungen des Kaisers aufnahm und wie es insolgedessen zum Bruche Wilhelms mit Bülow kam.

\*

## Verstärkung des britischen Landheeres

Die Erfahrung hatte gezeigt, daß keine der zwei von England bisher angewendeten Methoden, weder die Anregung zu zwischenstaatlichen Verträgen über die Stärke der Flotten, noch auch Bündnisse zur Einkreisung Mitteleuropas, ihren Zweck erreichten. Im Annerionsstreite schlug Deutschland, vereint mit Osterreich-Ungarn, den Dreiverband diplomatisch aus dem Felde und auch zur See wurde es immer mächtiger. Somit mußte sich Großbritannien zu etwas Drittem entschließen, zu erhöhten Ausgaben auf militärischem Gebiete.

Aber diese Notwendigkeit bestand auch bei den Imperialisten der liberalen Parlamentsmehrheit kein Zweifel, sie verfügten aber in ihrer Partei anfangs nicht über die Mehrheit. Nur allmählich überwandten sie den Widerstand der bürgerlichen Radikalen und der Arbeiterpartei, auf deren Hilfe die Altliberalen angewiesen waren. Den zwei pazifistischen Gruppen schien es zweckmäßiger, die Staatseinkünfte für soziale Reformen zu verwenden; Deutschland sei nicht darin nachzuahmen, daß man mehr Schiffe baue, sondern darin, daß die schon von Bismarck eingeführte Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter auch in England Platz greife. Wie sehr man auch gegen den preußischen Militarismus wetterte, Tatsache war, daß Deutschland für Heer und Flotte insgesamt weniger ausgab als Britannien und bei all dem in der sozialen Fürsorge allen Nationen voranschritt.

So kamen die Imperialisten des Kabinetts, Grey, Asquith und Haldane, nur langsam ans Ziel. Der Kriegsminister Haldane entfaltete dabei eine eifrige Tätigkeit. Ausgerüstet mit den auf seiner Berliner Reise gemachten Erfahrungen (Band II, Seite 117 ff.), brachte er 1907 ein Wehrgesetz durchs Parlament, das den schlimmsten Übelständen abhalf. Das stehende Heer wurde auf 163000 Mann gebracht (sechs Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision), die Miliz oder Territorialarmee sollte 300000 Mann zählen. Doch war nur das aus geworbener Mannschaft zusammengesetzte stehende Heer kriegsbereit. Die Miliz, aus Freiwilligen bestehend, erreichte bis zum Weltkriege nicht einmal die vorgeschriebene Ziffer; auch war sie so mangelhaft ausgebildet, daß sie, wie Haldane selbst einräumte, erst sechs Monate nach Ausbruch eines Krieges einem Berufsheere die Spitze bieten konnte<sup>1)</sup>.

Haldanes Verdienste um die Kriegstüchtigkeit der Armee, besonders seine Fürsorge für die Heranbildung des Generalstabes und über-

<sup>1)</sup> Als England in den Weltkrieg mit einer unzureichenden Armee eintrat, wurde Haldane vielfach beschuldigt, die Waffenrüstung vernachlässigt zu haben. Gegen diese Vorwürfe nimmt ihn das Buch von Begbie, „The vindication of England“, S. 53—95, in Schutz. Zugunsten Haldanes beruft sich Begbie u. a. auf das Zeugnis des englischen Generalstabs und Lord Roberts, der Haldanes Wirksamkeit Gerechtigkeit widerfahren ließ. Eingehend berichtet jetzt Haldane selbst über seine Tätigkeit als Kriegsminister und über die militärischen Vorbereitungen Englands 1906—1914 in seinem 1920 erschienenen Buche „Before the war“, Kap. IV, S. 156 ff. Haldane will beweisen, daß die Rüstungen Englands nur zur Verteidigung, nicht zum Angriffe bestimmt waren. „We never intended to create an army capable of invading or encircling Germany.“ S. 138.



haupt der Offiziere, wurden auch von den Konservativen anerkannt<sup>1)</sup>. Indessen erhoben sich Stimmen im Lande, welche diese Rüstungen für unzureichend erklärten und auf die Notwendigkeit der allgemeinen Dienstpflicht hinwiesen. Eine im Jahre 1903 gebildete Liga setzte sich dieses Ziel. An ihre Spitze trat Feldmarschall Lord Roberts, der Sieger über die Buren. Er und seine Freunde waren im Recht, wenn sie von den militärischen Schwächen des Reiches sprachen. Dagegen war das Mittel verwerflich, durch welches sie die in England tiefgewurzelte Abneigung gegen den Zwangsdienst zu überwinden trachteten. Unaufhörlich sprachen sie von der Absicht Deutschlands, Britannien durch eine plötzlich unternommene Landung zu überraschen und mit einigen Schlägen niederzuwerfen. Roberts hat, indem er dieses Schreckgespenst vorführte, zur Vergiftung des Verhältnisses der zwei Nationen viel beigetragen. Wer ein Volk stetig der schwärzesten Absichten anklagt, führt den Krieg ebenso herbei, wie wenn er dem Angriffe unmittelbar das Wort spricht. So war Lord Roberts das Haupt der Kriegspartei in England und in dieser Tätigkeit höchstens von einem Manne übertroffen, von Lord Northcliffe, der in seinen zahlreichen Zeitungen ohne Unterlaß gegen Deutschland schreiben ließ. Im allgemeinen neigten die Konservativen der allgemeinen Wehrpflicht zu, ohne jedoch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sich für sie zu erklären, während die Liberalen fast ausnahmslos widerstrebten. In dieser Partei war von hervorragenden Männern nur Lord Rosebery anderer Ansicht; aber er stand in den politischen Fragen so stark rechts, daß er in dem 1905 gebildeten liberalen Kabinett keinen Platz erhielt. Er war überhaupt ein Eigenbrötler, dessen literarische und künstlerische Neigungen größer waren als sein politischer Ehrgeiz. Nach dem Burenkrieg hatte die Regierung 1904 das Komitee für Reichsverteidigung eingesetzt, mit dem jeweiligen Ministerpräsidenten als Vorsitzenden, um für Heer und Flotte das einheitlich leitende Organ zu schaffen. Rosebery war dessen Mitglied, schlug hier die allgemeine Dienstpflicht vor und trat aus, da er nicht durchdrang. Wirkungsvoller als der feinsinnige, aber wenig tatenlustige Mann setzte sich Lord Roberts für die allgemeine Dienstpflicht ein. Am 23. Juli 1908 beantragte er im Oberhause eine Resolution, dahin gehend, es sei ein so starkes Landheer aufzustellen, daß „auch die furchtbarste fremde Macht“ zögern würde, an der englischen Küste eine Landung

<sup>1)</sup> Vgl. Galdane, l. c. S. 163ff.

zu versuchen. Die bei diesem Anlasse von Roberts gehaltene Rede säte Mißtrauen und Haß gegen Deutschland. Dieses Reich, so legte Roberts dar, sei imstande, ohne daß man in England davon eine Ahnung haben müßte, plötzlich 200000 Mann an die englische Küste zu werfen. Da der Friedensstand des deutschen Heeres hierzu ausreichen würde, wäre eine vorhergehende Mobilisierung überflüssig, auch könnten die Streitkräfte ohne Aufsehen in der Nähe der Häfen versammelt werden. Deutschland, so fuhr Roberts fort, besitze genug Fracht- und Personenschiffe, um jene Truppenmacht gleichzeitig über See schicken zu können, England aber verfüge nicht über ein genug starkes Heer, um dem Stoße zu widerstehen. Selbst in England standen Fachmänner auf, welche diese Rechnung als falsch erklärten. Es war harter Unsinn anzunehmen, daß Deutschland Schiffe zur Überfahrt von 200000 Mann nebst allem ungeheuren Kriegsgerät unbemerkt in seinen Häfen vereinigen und bei Nacht und Nebel beladen könne. Es war schon unmöglich, die Vorbereitungen insgeheim vorzunehmen, vor allem, ohne Aufsehen zu erregen, die ganze Handelsflotte für diesen Dienst in den Häfen zu vereinigen. Ohne Zweifel war dies Roberts, der selbst große überseeische Unternehmungen geleitet hatte, so gut bekannt wie irgend jemandem. Er wollte aber die öffentliche Meinung aufpeitschen, um England die militärischen Mittel zu verschaffen, im künftigen Kampfe auf dem Festlande mit Macht einzugreifen. Diesem Zwecke diente seine Beweiskette, und er erzielte auch die Wirkung, daß die Lords mit 74 gegen 32 Stimmen die von ihm vorgeschlagene Entschliezung annahmen. So wurde die Kriegsfurcht im Lande wachgehalten<sup>1)</sup>.

\*

## Panik und Flottenrüstung in England

So lange Campbell-Bannerman an der Spitze der Regierung stand, hielten sich die Seerüstungen Englands in mäßigen Grenzen, wie er überhaupt ein aufrichtiger Friedensfreund war. Indessen legte der

<sup>1)</sup> Aber diese Stimmungen hatte der belgische Gesandte Baron Greindl seiner Regierung schon am 27. Oktober 1905 gemeldet: „Ob wohl die Leute, die in England Furcht vor einem unausführbaren deutschen Angriff zu Schau tragen, ganz aufrichtig sind? Schützen

von schwerer Krankheit heimgesuchte Ministerpräsident am 5. April 1908 sein Amt nieder und schied am 23. April aus dem Leben. Der Schatzkanzler Asquith wurde sein Nachfolger, an dessen Stelle übernahm Lloyd George die Leitung der Finanzen. Durch Winston Churchill, der damals als Handelsminister ins Kabinett trat — später wurde er Marinesekretär —, erhielten die Imperialisten des Kabinetts eine wertvolle Verstärkung. Unter Führung des neuen Premiers schlug das Ministerium den Weg ein, der ihm durch die Umstände vorgeschrieben war. Es bestand aber die Gefahr, daß durch die Erhöhung des Marinebudgets die liberale Partei gespalten wurde. Wohl war die Regierung, wenn sie mehr Schiffe zu bauen vorschlug, auch der Stimmen der Konservativen sicher und konnte so die Mehrheit des Parlaments um sich scharen. Brach jedoch bei diesem Anlasse die liberale Partei auseinander, so war nicht bloß ihre Herrschaft erschüttert; auch die großen, von den Liberalen geplanten inneren Reformen, besonders die Alters- und die Invalidenversicherung, gerieten auf die Sandbank. Aus diesen Voraussetzungen, dem Willen zur Macht und dem Willen zu Reformen, erklären sich die seltsamen Vorgänge, deren Schauplatz das englische Parlament im Frühjahr 1909 wurde.

Am 12. März legte die Regierung dem Unterhaus das Marinebudget vor, in dem der sofortige Bau von vier Dreadnoughts verfügt und bestimmt war, daß weitere vier Panzer vom 1. April 1910 an auf Stapel zu legen seien. Also gleichzeitig acht große Panzer; und da auch das Geld für eine Anzahl geschützter Kreuzer, Torpedozerstörer und Unterseeboote verlangt wurde, war das Vorgehen ohne Beispiel. Es stand zu befürchten, daß ein großer Teil der Liberalen die Heeresfolge verweigern werde. Um die Mehrheit mit fortzureißen, trat der Marineminister MacKenna mit einer wichtigen Enthüllung vor das Unterhaus. Der Admiralität, so behauptete er, sei zur Kenntnis gekommen, daß die deutsche Regierung sich nicht mit dem Bau der im Flottengesetze von 1900 vorgeschriebenen Zahl von Schiffen begnüge, sondern insgeheim darüber hinausgehe; die deutschen Werften, erklärte er, arbeiten daran, England in der Herstellung von Dreadnoughts zu überflügeln. MacKenna legte weiter dar, daß schon unter den allgemein bekannten Umstän-

sie derartige Besorgnisse nicht etwa vor, um einen Krieg anzufachen, in dem die deutsche Kriegsflotte vernichtet, die deutsche Handelsmarine und der deutsche überseeische Handel zerstört werden würden? England befindet sich in sicherer Lage, Deutschland hingegen ist leicht zu treffen.“

den, wenn das Deutsche Reich sich an sein gesetzlich kundgemachtes Bauprogramm halte, es so stehe, daß 1911 nicht mehr als 16 britische Dreadnoughts gegen 13 deutsche vorhanden sein würden; dadurch aber, daß Deutschland den Bau insgeheim beschleunige, werde es im April 1912 nicht weniger als 17 gegen 16 englische besitzen. Das wäre eine große Gefahr für England, die nur durch die Annahme der Regierungsvorlage zu bannen wäre.

Das klang nun erschreckend, aber die Darlegungen MacKennas waren, wie er und seine Amtsgenossen später selbst bekannten, vollständig falsch. Die deutsche Regierung erklärte mit aller Bestimmtheit, zunächst durch die Presse, sie halte sich streng an das Flottengesetz. Das wiederholten Bülow und Tirpitz am 29. März 1909 im Reichstag und stellten fest, Deutschland werde demgemäß im Herbst 1912 nicht, wie Mac Kenna behauptet hatte, 17, sondern dem Gesetze gemäß nur 10 Dreadnoughts fertig haben, daneben drei Panzerkreuzer. „Wir haben nichts zu verheimlichen und nichts zu verstecken,“ sagte der Reichskanzler, „und es ist nicht beabsichtigt, die Durchführung unseres Bauprogramms über die gesetzliche Frist hinaus zu beschleunigen. Alle dem entgegenstehenden Gerüchte sind falsch.“

Über schon hatte die Enthüllung des englischen Marineministers in seinem Lande einen Sturm hervorgerufen. Die Panik wurde durch die Kriegsrufe des Führers der Opposition, Balfour, verstärkt, der die öffentliche Meinung durch die Berechnung aufregte, England werde im Dezember 1910 bloß 10 gegen 13 deutsche Dreadnoughts fertiggestellt haben. Selbst Churchill widersprach dieser abenteuerlichen Behauptung, aber viele Leute gaben Balfour recht, der im Namen seiner Partei forderte schon 1909 müßten bedingungslos alle acht Panzer in Bau genommen werden. Balfour hatte so gesprochen, als ob es selbstverständlich sei, daß Deutschland die Welt hintergehe, wie er sich überhaupt fortan mitunter Männern wie Roberts und Northcliffe im Kriegstreiben zugesellte. Da die Aufregung im Lande bedenklich stieg, sah sich der Premierminister bemüßigt, beruhigend einzugreifen. Er stellte fest, daß zwischen den Kabinetten von London und Berlin gute Beziehungen bestünden, und gab zu, daß Deutschland der einzige Richter über seine militärischen Erfordernisse sei. Da er aber die Annahme der Regierungsvorlage durchsetzen wollte, wiederholte er die Angaben MacKennas über das Zurückbleiben der englischen hinter den deutschen Rüstungen. Einen scharfen Pfeil schoß er gegen Deutschland ab, indem

er sagte, er setze zwar keinen Zweifel in die Versicherung des Berliner Kabinetts, daß es sich an die Bestimmungen des deutschen Flottengesetzes halten wolle, es wäre aber doch möglich, daß Deutschland über kurz oder lang diese seine Ansicht ändere. So wurde das Wort der deutschen Regierung durch die Debatte geschleift, von den Hitzköpfen als unglaubwürdig bezeichnet, von den anderen so umgedeutet, daß es an Wert verlor. Die Unruhe war so groß, daß der Führer der englischen Pazifisten, Stead, öffentlich erklärte, nun müsse er selbst sich für die verlangten Schiffsbauten aussprechen. Besseres konnte die Regierung nicht wünschen; sie erreichte auch sonst, was sie angestrebt hatte, denn die liberale Partei stimmte fast geschlossen für ihre Anträge. Die Admiralität hatte ihr Ziel erreicht: der erste Seelord Fisher sprach es kurz darauf zum deutschen Marineattaché unumwunden aus: die Flottenpanik wäre nichts weiter als eines der üblichen Manöver gewesen, um das Parlament und die Nation für die Annahme größerer Vorlagen vorzubereiten<sup>1)</sup>.

\*

### Nachklänge der Parlamentsdebatte vom März 1909

Zwei Jahre später, als der Qualm jener Debatte verflogen war und der wahre Sachverhalt sich nicht mehr verhüllen ließ, wurde MacKenna durch die Anfrage Sir Robert Harcourt's in die Enge getrieben, was denn von den 1909 vorgebrachten Ziffern über die deutschen Schiffsbauten eigentlich zu halten sei. Der Marineminister mußte gestehen, daß sich die Angaben der deutschen Regierung bewahrheitet hatten. Der gute Mann, der früher Unterrichtsminister gewesen war und vom Flottenwesen nicht viel verstand, hatte eben bloß die falschen Angaben herabgelesen, mit denen ihn die Admiralität ins Gefecht schickte, um die gleich ihm unkundigen Abgeordneten zur Bewilligung der Summe zu bestimmen. Die Regierung verschloß sich nicht der Notwendigkeit, ihm einen gewandteren Nachfolger zu geben; Churchill wurde Marineminister, MacKenna aber zum Staatssekretär des Innern ernannt.

<sup>1)</sup> Sirpiß, „Erinnerungen“, S. 177.

Der neue Lord der Admiralität war kein Freund Deutschlands, aber auch er mußte in seiner ersten öffentlich gehaltenen Rede (9. November 1911) erklären, „er freue sich, bezeugen zu können, daß die Erklärungen des deutschen Ministers über den Bauplan durch die Ereignisse vollauf bestätigt wurden“. Churchill war, mit seinem deutschen Kollegen Tirpitz verglichen, gleichfalls nur ein Dilettant, indessen so begabt, daß er sich rasch in sein Amt hineinarbeitete und darin auch viel leistete, wenngleich seine Leichtfertigkeit ernstern Mitgliedern seiner Partei schon im Frieden auf die Nerven ging, bis er sich im Kriege vollends bloßstellte.

Durch die Parlamentsdebatte vom März 1909 waren die Wogen aufgewühlt worden und brachten wunderliche politische Gebilde an die Oberfläche. Während die Mehrheit der Arbeiterpartei unter Führung Macdonalds Besonnenheit bewahrte, stürzte sich ihr sozialdemokratischer Flügel in wilde Treibereien gegen Deutschland. Hyndman und Blatchford, die Führer der Gruppe, brachten in ihrem Organ, dem „Clarion“, eine Reihe von Artikeln zugunsten größerer Rüstungen, und der zweite dieser Margisten lagerte in der „Daily Mail“, dem Blatte Northcliffes, die abenteuerlichsten Dinge ab. Am 15. Dezember 1909 behauptete er in dieser Zeitung, auf allen deutschen Kriegsschiffen werde zu Ehren des Tages, an dem die britische Flotte von der deutschen besiegt werden würde, ein Trinkspruch ausgebracht. Ein Mitglied des Parlaments fragte bei dem Bruder des deutschen Kaisers, als dem Admiral der Flotte, an, ob diese Angabe auf Wahrheit beruhe, worauf Prinz Heinrich umgehend telegraphierte, es sei „eine unsinnige Lüge vom Anfang bis zum Ende“. Auch andere Verrücktheiten wurden in England verbreitet und geglaubt. Der liberale Abgeordnete Sir John Barlow interpellierte am 19. Mai 1909 den Kriegsminister, ob ihm bekannt wäre, daß sich 66000 deutsche Heeresangehörige in verschiedenen Stellungen in England aufhielten, ferner, daß unweit des Londoner Hauptbahnhofes Charing Cross in Kellergewölben 50000 deutsche Mausergewehre und 75000 Patronen versteckt lägen — eine Angabe, die Kriegsminister Haldane in seiner Antwort töricht und lächerlich nannte.

Diese Verirrungen waren die Folge des unheilvollen Verfahrens der Regierung, welche die öffentliche Meinung zum Mißtrauen gegen Deutschland aufstachelte, worauf sie dann notgedrungen das Übermaß der Feindseligkeit eindämmen mußte.

Es gab allerdings eine Gegenströmung im Lande, da es nur zu klar war, daß eine derartige Politik zum Kriege führen mußte; sie war aber nur innerhalb der Arbeiterpartei und bei den bürgerlichen Radikalen bemerkbar, zudem mehr in der Presse als in dem von den Imperialisten der zwei großen Parteien beherrschten Parlament. Die „Daily News“ und die Wochenschrift „Nation“ gaben den Stimmen dieser Minderheit Ausdruck. „Was ist da zu tun?“ fragte das zweite dieser Blätter. „Jene falschen Angaben (MacKennas) wurden gebraucht, um dem Hause der Gemeinen das ungeheuerlich angewachsene Budget von 1909 und 1910 zu entreißen, um 1909 den Bau von acht Dreadnoughts und 1910 von fünf zu sichern und um die Kolonien in die durch Panik veranlaßte Vorsorge für zwei Zusatz-Dreadnoughts hineinzuschrecken. Sicherlich bedeutete dieser kolossale Mißgriff eine Beleidigung des Hauses der Gemeinen, der Steuerzahler und Deutschlands.“ Noch kräftiger schrieb 1913 F. W. Hirst, der Herausgeber des „Economist“: „Es ist Zeit, von den Fiktionen zu den Tatsachen zurückzuführen, und ich werde zur Befriedigung jedes Lesers beweisen, daß die Panik ein falscher Schrecken war, daß die Regierung und die Führer der Opposition sich selbst und das Parlament mit falschen Ziffern getäuscht haben, kurz, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende ein Betrug war, dessen sich ein sich selbst achtendes Land gründlich schämen sollte“<sup>1)</sup>.

Es war das gute Recht Englands, seiner Flotte nach eigenem Ermessen jede beliebige Stärke zu geben, verderblich aber, wie die Regierung, um die Einigkeit der liberalen Partei zu erhalten, das Brandgeschloß zwischen die zwei Nationen warf. Groß war in Deutschland darob die Erbitterung. Das Ehrgefühl der Nation war verwundet, da der heimischen Regierung ohne Grund Doppelzüngigkeit zugemutet wurde. Die Deutschen wollten zur See in einem Sprung alles nachholen, was die Vorfahren durch Jahrhunderte versäumt hatten; unflugerweise entzog sich das Berliner Kabinett den Verhandlungen über die Seerüstungen. Auf der anderen Seite spielte die englische Regierung sorglos mit dem Frieden der Welt, dessen Bewahrung nach ihren

<sup>1)</sup> F. W. Hirst, „The six panics and other Essays“, S. 96, 98. Der Aufsatz von Hirst über die sechs überflüssigen Paniken in England ist um so wichtiger, als die Vorgänge des März 1909 sonst in den einschlägigen englischen und französischen Büchern verschwiegen werden. So von Debidour wie in den noch zu besprechenden Schriften von Wallace, Begbie und Oliver.

Worten ihr höchstes Ziel war. Diese Gleichgültigkeit war eine Folge des sicheren Gefühls der Briten, in ihrem meerumslossenen Lande unangreifbar zu sein; um es auch zu bleiben, haben sie im Laufe der Jahrhunderte jede zur Seegelung aufstrebende kontinentale Macht niedergekämpft.

\*

### Zusammenhänge zwischen der äußeren und der inneren Politik Englands

Das Vorgehen des englischen Ministeriums wird aber erst verständlich, wenn ihre großen Aufgaben und Sorgen für die innere Regierung des Landes und des Weltreiches in Betracht gezogen werden. Von diesen Pflichten mehr als von allem anderen in Anspruch genommen, paßte sie ihre dem Deutschen Reiche gegenüber eingehaltene Taktik derjenigen an, die für die Lenkung des Parlaments notwendig war. Wollte sie die herrschende liberale Partei nicht spalten, so mußte sie sich deren Vorurteilen anbequemen und dem deutschen Nebenbuhler gegenüber die Sprache gebrauchen, welche ihren Anhängern im Lande verständlich war. Daran lag ihr mehr als an den Empfindungen der deutschen Nation. Daher die Widersprüche in den Regierungserklärungen über die äußere Politik.

Das Ministerium Asquith schrieb sich, während es durch seine Reden den Weltteil in Unruhe versetzte, in die Jahrbücher seines Landes mit zwei großen Reformen ein: durch die Alters- und Invalidenversorgung des kleinen Mannes und durch das Beiseiteschieben des Gesetzgebungsrechtes des Oberhauses. Damit bahnte sich die Demokratie auf dem englischen Boden die Wege zum Siege. Es ist für das britische Volk bezeichnend, daß der Anstoß zu dem grundstürzenden Wandel nicht durch einen politischen Lehrsatz, sondern durch ein bestimmtes Lebensbedürfnis gegeben wurde. Wollte der Staat seine Pflicht gegen die Arbeiter erfüllen und für sie in ihrem Alter oder beim Schwinden ihrer Kraft Sorge tragen, so mußten die besitzenden Klassen stärker zu den Abgaben herangezogen werden. Da zudem große Ausgaben für das Heer und die Flotte zu bestreiten waren, so griff der



Staatskanzler Lloyd George kräftig durch und schlug 1909 beträchtliche Steuern auf Einkommen und Erbschaften, ferner auf die Grundbesitzmassen vor, die in England in den Händen von wenigen tausend großen Landherren vereinigt sind. Diese Vorlagen, vom Unterhaus gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, stießen bei den Lords auf Widerstand. Das Oberhaus verwarf nicht die der Arbeiterversicherung dienenden Entwürfe, wohl aber die Art der Deckung. Infolgedessen kam das sogenannte Volksbudget Lloyd Georges im Jahre 1909 nicht zustande. Als darauf das Volk zur Entscheidung aufgerufen wurde, gab es schon bei der nächsten Wahl 1910 dem liberalen Ministerium recht, aber auch dann noch wollte sich das Oberhaus nicht fügen. So mußte das Parlament wieder aufgelöst werden, und das eine Jahr 1910 sah, was früher nie vorgekommen war, zweimal allgemeine Wahlen. Bei diesen handelte es sich nicht mehr bloß um Versicherungs- und Steuergesetze, sondern um die Reform der Verfassung. Die Liberalen wollten für alle Zukunft verhindern, daß das Oberhaus jemals wieder heilsame soziale Gesetze bereiteln könnte, und nahmen die Beschränkung der Vorrechte der Lords in ihr Programm auf. Ihr Sieg war vollständig; da das Ministerium Asquith entschlossen war, den Widerstand der Konservativen durch einen Pairsschub zu brechen, gab das Oberhaus zuletzt nach und fügte sich in sein Schicksal. Es mußte auf sein Gesetzgebungsrecht in Steuer- und Finanzsachen vollständig verzichten und in den übrigen Angelegenheiten beträchtlich einschränken lassen. So gereichte den Lords ihr früheres Sträuben zum schweren Mißgeschick. Daß auch die soziale Reform keinem Widerstand mehr begegnete, lag in der Natur der Sache.

Das große Werk konnte nur gelingen, wenn dafür die drei Fraktionen der Regierungsmehrheit, die liberalen Imperialisten, die bürgerlichen Radikalen und die Arbeiterpartei trotz den sie trennenden Unterschieden geschlossen zusammenwirkten. Die oberste Regel für die Taktik der Regierung war also, alles zu vermeiden, was eine Spaltung herbeiführen konnte. Wurden für Flotte und Heer neue Summen verlangt, so durfte dies nur mit der Begründung geschehen, daß England gegen einen Überfall geschützt werden müsse. Auch für eine unverhohlenen imperialistische Flottenpolitik würde sich im Unterhause eine Mehrheit gefunden haben, da nicht bloß die Rechtsliberalen, sondern auch die konservative Opposition für jede Erhöhung des Kriegsbudgets stimmten. Dann aber war der Keil in die Regierungsmehrheit getrieben, und

etwas Größeres stand auf dem Spiele als der Bestand des Ministeriums: die soziale und die politische Reform war vereitelt. Diesem Zwecke dienten die gegen Deutschland erhobenen Anwürfe, es baue seine Flotte ins Ungemessene aus und bedrohe die Sicherheit Englands. Wie weit sich jeder einzelne der Männer der Regierung der Übertreibung bewußt war oder wie weit bei jedem der Glaube reichte, ist für den Verlauf der Ereignisse nicht entscheidend.

Läßt sich auch gegen das Verfahren des liberalen Ministeriums in der äußeren und Flottenpolitik viel einwenden, so war dagegen dessen Walten im Innern des Weltreiches von großen Gesichtspunkten geleitet. Überall ward den britischen Kolonien Freiheit und Selbstbestimmung zugebilligt, während Indien und Ägypten in strenger Zucht gehalten wurden. Das die britischen Kolonien und das Mutterland umschlingende Band knüpfte sich in diesen Jahren immer fester, wozu die von Zeit zu Zeit nach London einberufenen Kolonialkonferenzen das Ihrige beitrugen. Besonders staatsklug war es, daß England in Südafrika ein einheitliches Gemeinwesen ins Leben rief<sup>1)</sup>. Der südafrikanische Bund (Union of South Africa) kam dadurch zustande, daß die zwei älteren britischen Kolonien, Kapland und Natal, mit den zwei unterworfenen Burenrepubliken, Transvaal und Oranjestaat, vereinigt wurden. Dadurch erreichte England ein Doppeltes. Auf der einen Seite bahnte es die Ausöhnung mit den noch grollenden Buren an; dann aber wurden diese, soweit sie noch auf die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit sann, durch eine England ergebene Mehrheit im Zaume gehalten. Denn in den zwei ehemaligen Burenstaaten lebten bloß 440 000 Weiße, während die beiden älteren britischen Kolonien, Kapland und Natal, 700 000 Weiße zählten. Wohl gab es auch unter den letzteren ein starkes holländisches Volkselement, das aber bereits an die englische Herrschaft gewöhnt war. Somit war das Zusammenfassen der vier Siedlungen zu einem Bunde für die englische Herrschaft förderlich; auch konnten die 4 300 000 Farbigen des Gesamtgebietes dadurch leichter in Gehorsam gehalten werden. Die Mehrheit der ehemals freien Buren blieb auch jetzt noch unter Führung des Generals Herzog in der Opposition; die Minderheit unter Botha dagegen schloß sich enge an England an und lenkte, gestützt auf die Kolonisten britischer Abstammung, die südafrikanische Union. Es war eine weitere Stufe der Entwicklung, daß in der

<sup>1)</sup> Über die Verhältnisse in Südafrika nach dem Burenkrieg belehrt am besten das Buch von Paul Samassa, „Das neue Südafrika“, Berlin 1905.

neuen Union der Gedanke durchschlug, sich behufs Aufrichtung eines einheitlichen Südafrika auch der deutschen Kolonien zu bemächtigen; so gearbeitet der britische Imperialismus den südafrikanischen. Neues Leben quoll zwischen dem Indischen und dem Atlantischen Ozean auf, ausgestattet mit den Vorzügen und den Machtbegierden des englischen Weltreiches. An der Schöpfung des Bundes hatte noch Ministerpräsident Campbell-Bannerman den Hauptanteil gehabt, wenn das Gesetz auch erst nach seinem Tode durchs Parlament ging. Dagegen befürchteten die Konservativen von dem neuen Staate Schlimmes für die englische Herrschaft und versuchten, das Werk zu vereiteln, wobei sich die Northcliffe-Presse hervortat. Das englische Parlament setzte jedoch auf die Briten Südafrikas das Vertrauen, sie würden sich in allen Wechselfällen durchsetzen; man hoffte schließlich, die Buren durch Verleihung staatlicher Freiheitsrechte zu gewinnen, und diese Rechnung hat nicht getrogen.

\*

### Der Tod Eduards VII.

Mit den großen Reformfragen beschäftigt, wurde seit der zweiten Hälfte des Jahres 1909 die öffentliche Meinung Englands von den äußeren Angelegenheiten abgelenkt, und damit flaute der Gegensatz zu Deutschland etwas ab. Daher kam es, daß bei den 1910 stattfindenden Doppelwahlen die äußere Politik nur eine untergeordnete Rolle spielte. In diese Zeit verhältnismäßiger Ruhe fiel am 6. Mai 1910 der Tod König Eduards VII. Das letzte Jahr seines Lebens wurde ihm durch den Ansturm gegen die Befugnisse des Oberhauses, den er mit Unbehagen verfolgte, ebenso verdüstert wie durch den Mißerfolg seiner bosnischen Politik. So scharf hatte er sich gegen die Annexion Bosniens eingesetzt, daß darob seine Freundschaft mit Kaiser Franz Josef in die Brüche ging. Er beteuerte zwar, seine persönliche Verehrung für den alten Herrscher sei unvermindert geblieben; auch erwartete er, als er im August 1909 wie alljährlich zu Marienbad in Böhmen die Kur gebrauchte, wie gewöhnlich bei diesem Anlasse zu dem österreichischen Herrscher nach Ischl eingeladen zu werden. Dies unterblieb aber auf

Betreiben Ahrenthals, so daß sich die zwei Monarchen nicht mehr gesehen haben.

Eduards Tod wurde in England allgemein betrauert, um so mehr, als sein Sohn Georg V. an Regenteneigenschaften weit hinter ihm zurückblieb. Dazu kam die persönliche Liebenswürdigkeit des von Lord Rosebery „Le roi charmeur“ genannten Königs. Für Eduards Schätzung durch sein Volk war ausschlaggebend, daß das Reich sich zu seiner Zeit wieder zur führenden Macht in Europa aufschwang — unter ihm, doch nicht durch ihn, wenn es auch für seine Begabung spricht, daß das vor seinem Regierungsantritte in das Hintertreffen gekommene Königtum wieder zu erhöhter Geltung kam, worauf es nach seinem Tode abermals in den Schatten zurücksaß. Die englischen Historiker und Politiker weichen in dem Urteil über die geistigen Gaben Eduards VII. weit voneinander ab<sup>1)</sup>. Während der Demokrat Sidney Lee, noch dazu in dem englischen biographischen Nationalwerk, ihn als unbedeutend schildert, gibt es eine höfische Auffassung, die ihn nicht bloß als edlen und gerechten Herrscher, sondern auch als weisen Staatsmann feiert<sup>2)</sup>. Nach derselben Quelle wäre es das Ziel des Königs gewesen, Deutschland zum Beitritte in den Dreiverband der Randmächte zu gewinnen; er sei aber auf die Ablehnung Deutschlands gestoßen. Indessen wird nicht eine einzige Tatsache zum Beweise für diese Behauptung angeführt; dagegen geht aus dem gesamten Wirken Eduards hervor, daß ihn die wachsende Größe Deutschlands beunruhigte, und daß er von dem Gedanken erfüllt war, ihr Schranken zu setzen. Seinen Verehrern galt Eduard VII. als Friedensstifter, weil er einen wichtigen Anteil daran hatte, daß England sich von 1904 an mit seinem ehemaligen Erbfeinde Frank-

<sup>1)</sup> Siehe die Charakteristik Eduards VII. in diesem Werke Band I, S. 397—400.

<sup>2)</sup> Am weitesten in der Bewunderung Eduards VII. geht Lord Esher: „The influence of King Edward“. Seine Übertreibungen werden von Veggie, „The vindication of Great Britain“, London 1916, sanft abgelehnt, S. 33—49, aber auch von diesem wird der König hochgepriesen, als Freund Deutschlands, als besonnener, auf den Frieden hinwirkender Staatsmann. Über all dies ließe sich noch sprechen, wenn Veggie nicht zum Schlusse sagen würde, Eduard VII. habe die Politik der Milde und der Loyalität, die aufrichtige und herzliche Friedensliebe von seinem Vater und von Palmerston geerbt. Diese Nebeneinanderstellung entbehrt nicht der Komik, da „Lord Feuerbrand“ der politische Gegenfüßler des Prinz-Gemahls und das typische Urbild der britischen Gewalt- und Kriegspolitik war. Im Jahre 1848 wirkte der Prinz-Gemahl für die Einigung Deutschlands, Palmerston bekämpfte sie. Ohne daß Veggie es in seiner Naivität merkt, liegt eine tiefe Wahrheit darin, daß ihm Eduard VII. als Schüler Palmerstons erscheint. Veggie selbst bemüht sich, gerecht gegen Deutschland zu sein, dringt aber, wie man sieht, nicht in den Kern des Verhältnisses ein.

reich und 1907 mit seinem Nebenbuhler Rußland versöhnte, zuletzt auch mit diesen zwei Mächten in ein Bündnis trat. Möge man dieser Wendung für den Frieden und die Freundschaft unter den Völkern noch so große Bedeutung beimessen, so war doch die wichtigste Triebfeder zum Schließen der neuen Bünde die Feindschaft gegen Deutschland, der Wunsch, es von allen Seiten zu umstellen. Das Wahrste über diese Seite der Tätigkeit König Eduards findet sich in einem Berichte des belgischen Gesandten Baron Greindl, der am 13. Februar 1909 an seine Regierung schrieb: „Der König versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei; das hat er seit Beginn des diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er erfolgreich durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren; aber es kann ihm nicht entgehen, daß der Weltfriede niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt hat, ihn zu befestigen.“ Für die Offenheit seines Charakters spricht die Tatsache, daß er aus seiner Abneigung gegen Wilhelm II. und dessen Reich kein Hehl machte. Daß er jedoch nicht zu den führenden politischen Geistern gehörte, zeigte sich darin, daß der Verlauf der Dinge durch seinen Tod in keiner Weise beeinflusst wurde.

## Triebfedern und Methoden der englischen Politik

Wie weit König Eduard mit den Männern der Kriegspartei einverstanden war, ist nach dem Stande unserer Kenntnisse nicht festzustellen. Immerhin zog ihn Admiral Sir John Fisher, der vor dem Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman seine Absicht verheimlichte, 1908 in das Geheimnis seines Planes, die deutsche Flotte durch einen unvermuteten Überfall zu vernichten. Es ist eine Tatsache erster Ordnung, daß sowohl der höchstehende Seemann wie der berühmteste General Englands, der erstere insgeheim, der zweite in öffentlicher Rede, das plötzliche und unvermutete Niederschlagen Deutschlands befürworteten. Feldmarschall Lord Roberts wurde nicht müde, zu sagen,

daß die Deutschen die Weltherrschaft anstrebten; darüber hinausgehend sprach er in einer 1912 gehaltenen Rede, die uns noch näher beschäftigen wird, den Grundsatz aus, ein Staat tue gut daran, einen Feind zu überfallen, sobald der richtige Augenblick gekommen sei. Er sagte damals: „Deutschland schlägt zu, wenn Deutschlands Stunde geschlagen hat. Das ist die seither befolgte Politik seines Auswärtigen Amtes... Es ist eine ausgezeichnete Politik. Es ist oder sollte die Politik jeder Nation sein, die bereit ist, eine große Rolle in der Geschichte zu spielen.“ Der friedliebende Teil des englischen Volkes war über das Anpreisen eines Angriffskrieges entrüstet und Roberts galt als das Haupt der den Weltfrieden in Frage stellenden Jingo's, welche, wie Bernard Shaw sagt, „keine Geduld hatten, auf einen schicklichen Vorwand zu warten, um die sorgfältig vorbereitete Mine zur Explosion zu bringen. Für sie wäre es das größte Unglück gewesen, das England treffen könnte, wenn der Kampf ausblieb.“<sup>1)</sup> Auch in Deutschland fehlte es nicht an Kriegstreibern; aber unter diesen gab es niemanden, der durch seine amtliche oder soziale Stellung so hervorragte, wie Fisher oder Roberts.

Indessen bestanden auch in England derartige Ansichten nur in einer kleinen Minderheit, deren Anzahl geringer war als die der zuverlässigen Friedensfreunde auf der äußersten Linken. Dazwischen breitete sich die Mehrheit des Volkes und des Parlaments aus, in dem sich nahezu die gesamte konservativ-unionistische Partei und der Großteil der Regierungsanhänger befanden. Von der Stimmung dieser weiten Schichten hing das Schicksal des Weltreiches ab, weshalb es notwendig ist, näher bei dem Gegenstand zu verweilen. Am besten ist es, darüber englische Zeugnisse zu hören, von Männern in angesehener Stellung, die vor, in und nach dem Weltkriege sich über die öffentliche Meinung des Landes vernehmen ließen.

Im März 1909 veröffentlichte Sir Frederic Harrison in den „Times“ einen Brief über die Aussichten für die Zukunft. Er war ein angesehener Rechtsgelehrter und Historiker, in England einer der Hauptvertreter der Philosophie Comtes, dabei ein eifriger Freund der Gewerkschaften, seiner politischen Gesinnung nach radikal. Er stimmte mit seinen politischen Freunden in dem Hasse gegen den „Bismarckismus“

<sup>1)</sup> Shaw, „Hinke zur Friedenskonferenz“, S. 15. Begbie verurteilt (S. 25) die von Roberts empfohlene Lehrmeinung und stellt sie auf eine Stufe mit der Versuchung Satans, der zu Jesus sagte: „Alle diese Dinge will ich dir geben, wenn du niederfallen und mich anbeten willst.“

überein und bekämpfte seit dem Siege Deutschlands 1871 dessen Vormacht in Europa; damals hatte er sogar einer Einmischung Englands zugunsten der unterlegenen Franzosen das Wort gesprochen. Mit den Jahren verschärfte sich seine Abneigung gegen Deutschland, weil er in dessen Größe eine Gefahr für sein Land sah. Anders als die Radikalen erklärte er den Krieg gegen Deutschland für unabwendbar, gegen diesen „Mittelpunkt des europäischen Wirrsals“, wie in seinem 1908 erschienenen Buche über die nationalen und sozialen Probleme zu lesen ist. Das war auch der Inhalt seines Briefes an die „Times“<sup>1)</sup>. Darin ist seine Befürchtung, Englands Seeherrschaft sei in Gefahr, in den stärksten Worten ausgedrückt, eine Herrschaft, mit der Britannien stehe und falle. Das sei ein Gegensatz wie seinerzeit zwischen Rom und Karthago, Spanien und England, später zwischen Deutschland und Frankreich. Er empfiehlt zwar nicht, wie Roberts, unmittelbares Losschlagen, gibt sich bloß als Beobachter einer unabwendbaren Entwicklung, aber sein Schreiben ist die Prophezeiung des heraufziehenden Schicksals. In diesen Äußerungen ist auf das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Festlande der größte Wert gelegt, denn nur so lange dieses bestehe, sei Englands Seeherrschaft gesichert. In demselben Sinne sprach 1912 ein anderer hervorragender Brite, Viscount Milner, einer der Vorkämpfer des Imperialismus, der bei der Umklammerung der Buren der Gehilfe Chamberlains und Rhodes' gewesen war. Er schrieb im Jahre 1912: „Es ist das Machtgleichgewicht auf dem Kontinent, das uns allein ermöglicht, die Herrschaft über das Meer zu behaupten. Dessen Erhaltung ist eine Lebensfrage für unsere Überlegenheit auf der See, die wieder eine Lebensfrage ist für die Sicherheit des britischen Reiches.“

Diese Lehre ist ausführlich in einem Werke entwickelt, das während des Weltkrieges von J. Scott Oliver veröffentlicht wurde<sup>2)</sup>. Es ist nach

<sup>1)</sup> Wieder abgedruckt in F. Harrison, „The German Peril“, London 1915, einer Sammlung früherer Aufsätze Harrisons.

<sup>2)</sup> Fred. Scott Oliver, „Ordeal by battle“ (Gottesurteil durch Kampf), London 1915. In der Einleitung spricht sich der Verfasser über sein Verhältnis zu Roberts und zu Marx, dem Redakteur der imperialistischen „National Review“ aus, mit dem er in vielen, wenn auch nicht in allen Dingen übereinstimmt. In der Schilderung Deutschlands und Wilhelms II. ist Treffendes und Witziges mit den ungerechtesten Anklagen vermengt; Oliver entwirft von dem deutschen Volke und vom Kaiser ein Ferkelbild, in das er besonders liebliche Züge durch eine Verteidigungsrede hineinmalt, die er einem Führer von Hexenlügen als dem „Anwalt des Teufels“ — Deutschland nämlich — in den Mund legt. Diese für die britischen Leser bestimmten Scherze haben jenseits des Kanals großen Beifall gefunden.

dem Urteile der „Times“ und anderer imperialistischer Zeitungen das beste Buch, das bis dahin über die Ursachen des Krieges erschienen war; auch ein Gegner der Anschauungen Olivers wird ihm nicht Kraft des Stils und Wiß absprechen können. Oliver, ein Historiker, der unter anderem das Leben des Mitbegründers der amerikanischen Union, Alexander Hamilton, geschrieben hat, war ein Anhänger des Feldmarschalls Roberts, dessen Bemühungen um die allgemeine Wehrpflicht er seit Jahr und Tag unterstützt hatte. An dem Buche interessiert uns weniger, was es über Deutschland sagt, als was man aus ihm über die Denkweise der Engländer, der Regierung und der Parteien lernt.

Über die historische Grundansicht Olivers kann man sich kurz fassen, da sie sich bei vielen seiner Landsleute findet. Darnach ist Englands Seeherrschaft die Bedingung auch seiner bürgerlichen Freiheit, daher auch für die Menschheit von Wert; sie beruht auf dem Gleichgewicht der Nationen des Festlandes, so daß Britannien, wenn eine Macht übertragende Geltung gewinnt, gegen sie Bündnisse aufrichten und den Kampf aufnehmen muß. Deshalb mußte Britannien in zahlreichen Kriegen die Freiheit Belgiens und Hollands verteidigen<sup>1)</sup>. Im Eifer des Gefechtes übersieht Oliver, daß Britannien im 17. Jahrhundert sich auch mit Holland maß, gewiß nicht, um es zu verteidigen, sondern um den Nebenbuhler zu treffen; auch der Krimkrieg und die sonstige Bekämpfung Rußlands lassen sich so nicht erklären. Aber man ist gewohnt, daß die Engländer ihre Macht- und Eroberungskriege als Kampf für die Freiheit anderer Völker darstellen.

Wichtig ist die weitere Fortspinnung des Gedankenganges Olivers. Die Lehre von der Erhaltung des Weltgleichgewichtes, so bemerkt er, sei nach Waterloo in Vergessenheit geraten, jetzt aber dränge sie sich wieder gebieterisch auf, da Deutschland nach der Seeherrschaft strebe. Das sei seit etwa 1909 vollkommen klar geworden, ohne daß jedoch der Leser erfährt, weshalb gerade dieses Jahr den Einschnitt bilden soll. Mehrere Mitglieder des Kabinetts Asquith, die imperialistischen nämlich, erkannten, so hören wir weiter, die drohende Gefahr und kehrten zu der alten Theorie zurück, dem Erbstück der Whigs des 17. Jahrhunderts. Nur begingen auch sie den Fehler, daß sie trotz den Warnungen Lord Roberts' nicht zur richtigen Gegenwehr, der allgemeinen Dienstpflicht, griffen. Kriegsminister Haldane besonders sei ein Schäd-

<sup>1)</sup> Oliver, l. c. S. 241—251.



ling gewesen; er, doch auch die übrigen führenden Mitglieder beider Parteien, hätten sich von Wilhelm II. und seinen Ministern täuschen lassen, welche Friedensliebe vorspiegelten und sich die Weltherrschaft zum Ziele setzten<sup>1)</sup>.

Sodann kommt Oliver zu der Tatsache, daß ein großer Teil der liberalen Partei die ganze Theorie vom europäischen Gleichgewicht als verderblich verwarf. Aber den Grund dieser gegenteiligen Ansicht geht der Verfasser kurz hinweg; er lag darin, daß die Friedensfreunde einsehen, eine auf Grund dieser Lehre aufgebaute Politik werde ebenso zu Kriegen führen wie im 17. und 18. Jahrhunderte. Sachgemäß aber schildert Oliver die daraus sich für das liberale Ministerium ergebenden Schwierigkeiten (Seite 247): „Die heimliche Rückkehr dieser Doktrin (vom Machtgleichgewicht) auf das Feld der praktischen Politik entsprach nicht den vorgefaßten Meinungen der gerade an der Macht befindlichen Partei. Ganz im Gegenteil. Die meisten Liberalen mißtrauten der Phrase. Die ganze Masse der Radikalen hegte vor ihr Abscheu. Nichtsdestoweniger war die Idee, die hinter und unter der Phrase steckte, unwiderstehlich, weil sie den Tatsachen entsprang. Wäre eine sozialistische Regierung im Amte gewesen, so hätte sich diese Politik gleichfalls von selbst als notwendig ergeben und wäre mit freiem Willen oder ohne ihn aus dem einfachen Grunde angenommen worden, weil, wenn das Machtgleichgewicht in Europa nicht aufrechtgehalten ist, es keine Sicherheit für die britische Freiheit gibt, unter der wir mit Gottes Hilfe unsere Aufgaben in unserer eigenen Art zu erfüllen imstande sind.“ Hiermit ist der Finger an die Wunde des Zwiespaltes gelegt, der durch die liberale Partei ging.

Ganz zutreffend kommt Oliver zu dem Schlusse, daß die englischen Staatsmänner im Sinne der Politik des Kraftgleichgewichtes in den Dreiverband eintraten und ihn dann befestigten, „obgleich sie es nicht gestanden, vielleicht selbst bis zu einem gewissen Ausmaße sich dessen nicht bewußt waren“. Nun, Asquith, Grey und Haldane gehörten sicherlich nicht zu den Ahnungslosen, deren es unter ihren Amtsgenossen manchen gegeben haben mag. So weit Oliver, dessen Buch eine breite Spalte zum Einblick in die englische Politik öffnet.

Ähnlich wie Oliver schildert der vierte in der Reihe unserer Zeugen die Stimmung in England. Es ist Bernard Shaw, der sich zwar in

<sup>1)</sup> Die Verteidigung Haldanes gegen die Angriffe Olivers geht durch das ganze Werk Harold Begbies.

seiner Schrift „Winke zur Friedenskonferenz“ für eine billige Behandlung Deutschlands ausspricht, sich aber doch auch zur Lehre vom Machtgleichgewicht bekennt. In deren erstem Abschnitte „Wahrheit statt Legende“ spottet er über die naiven Leute, denen England als Hort des Edelmutens, Deutschland aber als Nest von Verbrechern gilt, und stellt dem gegenüber den Sachverhalt fest: „Englands Flotte muß die Meere beherrschen, und keine gegnerische Flotte oder Flottenkombination darf seine eigene überflügeln; kein festländischer Staat darf ein militärisches Übergewicht in Europa erlangen, das so groß ist, daß England ihn nicht überwinden könnte, wenn es seine eigene Kraft in die Wagschale wirft (mit anderen Worten: England muß über das Gleichgewicht der Mächte entscheiden). Vor allem darf keine Macht ersten Ranges die Küsten der Nordsee beherrschen und Großbritannien den militärischen Zugang zum Kontinente sperren.“ Shaw beklagt diese Notwendigkeit und möchte durch Errichtung eines Weltfriedensbundes — mit Einschluß Deutschlands — Abhilfe treffen; komme der Bund nicht zustande, so werde sich England dereinst auch gegen Amerika wenden müssen. Auf Krieg hätten in England die Jingos, so stellt — wie bereits erwähnt — Shaw fest, schon viele Jahre vor 1914 hingearbeitet; in ihren Augen wäre es das größte Unglück gewesen, das England treffen konnte, wenn der Kampf ausblieb. Noch als Deutschland kapituliert, hegten sie solche Furcht vor dem Frieden, daß sie Deutschlands Zusammenbruch eine „Friedensoffensive“ nannten. Diese Bulldogg-Jingos, wie sie Shaw mit einem Kernworte nennt, überwogen, wie wir wissen, in der Leitung der Flotte und des Heeres, und sie drängten nicht bloß 1905 und 1908, sondern mit besonderem Nachdrucke während der Marokkokrise von 1911 zum Kriege.

Es liegt eine tiefe Wahrheit in der von Oliver gebrauchten Wendung von der „heimlichen Rückkehr“ zur Lehre vom Weltgleichgewicht. Den Massen des englischen Volkes wurde verschwiegen, daß Großbritannien die Spaltung des Festlandes und die Uneinigkeit unter dessen Völkern betreiben mußte, um die Seeherrschaft zu behaupten. Die Regierung gab sich aus Rücksicht auf den friedliebenden Teil ihrer Partei den Anschein, als sei sie von moralischen Erwägungen, von der Sorge um die Erhaltung der menschlichen Gesittung beherrscht, indem sie Deutschland durch Bündnisse umstellte. Durch diesen Kunstgriff hoffte man nicht etwa die deutsche Regierung zur Umkehr zu bestimmen, sondern den starken Friedensgruppen innerhalb der libe-

ralen Partei ein billiges Vergnügen zu bereiten. Aus demselben Grunde gaben die englischen Staatsmänner der Schaffung des Dreiverbands eine harmlose Deutung, obwohl dessen wahre Natur offen zutage lag. Sie hatten damit einen großen Erfolg erzielt, besaßen aber genug Selbstverleugnung, um sich nicht zu rühmen, sie hätten Deutschland in die Ecke gedrängt. Sie errangen diplomatische Siege, ohne mit ihnen zu prunken, ja, sie stellten sogar bestimmt in Abrede, sie überhaupt angestrebt zu haben. „Bis zum letzten Augenblick“, so schrieb Shaw nach dem Kriege, „wollte Sir Edward Grey nicht den Schafspelz opfern.“ Deutschland war schon 1909 von allen Seiten umstellt und von der Höhe herabgestiegen, auf die es durch die Staatskunst Bismarcks emporgehoben worden war. Die Welt sollte aber zu dem Glauben gebracht werden, daß es am Abend vor der Erringung der Weltherrschaft stehe und mit Mühe im Zaume gehalten werde. Hierfür war die von Grey am 29. März 1909 im Unterhause gehaltene Rede bezeichnend. In derselben verteidigte er sich gegen die von Sir Charles Dilke und anderen gegen seine bosnische Politik geführten Angriffe. Es war ihm vorgehalten worden, er habe Österreich-Ungarn für seine Bundesgenossenschaft mit Deutschland bestrafen wollen und habe sich darin arg vergriffen. Das bezeichnete er als ungerechten Vorwurf; Großbritannien sei zu seinem Einspruch gegen die Annexion ausschließlich durch die Achtung vor den Verträgen bestimmt worden. Wer diese Versicherung Greys für echt hielt, war wohl auch so gefällig, daß weitere ernst zu nehmen. Der Minister beteuerte nämlich, England arbeite durchaus nicht auf die Isolation Deutschlands hin, wie es überhaupt jedermann klar sein müsse, daß eine Nation von der Stärke und der Stellung Deutschlands nicht dulden könne, eingekreist zu werden. Zur selben Zeit leugnete auch Asquith im Parlament die Absicht der Einkreisung.

Dieses Verfahren entfernte sich weit von der Offenheit und Kühnheit, mit der die beiden Pitt, Canning und Palmerston den Anspruch Englands auf Herrschaft verfochten hatten. Die Zeiten hatten sich geändert. Die früheren Staatsmänner sprachen im Parlament zu der Oberschicht der Gesellschaft, und bei dieser genügte der Hinweis auf die Größe Britanniens, um sie zur Anspannung der Kräfte des Landes zu bestimmen. Jetzt aber kamen neue Schichten empor, vor allem die Arbeiter, die sich zum Ideal der Völkerverbrüderung bekannten. Von da an mußte die Regierung, wenn Rüstungen, Waffenbündnisse oder gar Gewaltanwendung empfohlen wurden, immer den Beweis anstreben,

die Maßregeln dienten dem Wohle der ganzen Menschheit oder seien dem Reiche um seiner Verteidigung willen aufgezwungen, dem Weltreiche, von dem Lord Curzon geschrieben hatte, es sei das von der göttlichen Vorsehung zur Ausbreitung der Zivilisation geschaffene Werkzeug. Dadurch kam in die parlamentarische Beredsamkeit eine früher nicht gekannte Salbung und Unaufrichtigkeit. Die Staatsmänner stellten Beweggründe in Abrede, die von den großen Rednern des früheren Menschenalters als selbstverständlich vorausgesetzt worden waren. Das war die neue Zeit, in der ein Talent wie das Asquiths sich betätigen konnte, dessen Stärke im geschickten Formulieren, im Umschiffen von Klippen lag, nicht in der sieghaften Geltendmachung großer Ideen. Nicht, daß er oder Grey an Wahrheitsliebe ihren Vorgängern nachstanden. In den neuen Zeiten aber waren andere Reizmittel, andere Höflingskünste notwendig, um das souveräne Volk zu umschmeicheln und fortzureißen.

